Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Commissionäre 2 Mk. bez. 2 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 2 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Rückständige Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Der Detail-Verkauf der Damenhut-Fabrik **J. M. Korschatz,** Hoflieferant Altmarkt 6
bietet in geschmackvoller Ausführung ungarnierte und garnierte Hüte nach eigenen, sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.

Kronleuchter
Lampen
für Gas, Petroleum und Kerzen.
G. Devantier, Prager Strasse 11.

Raucht von 3 Pfg an

Egyptian Cigarette Company
Cairo. — Berlin W. 64. — Frankfurt a./M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. Verkaufsstelle der vom Kgl. Finanzministerium neugewählten vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Königl. Sächs. Staats-Forstbeamte.
Hermann Pörschel Scheffelstrasse 19 (Kleines Rauchhaus).

Nr. 292. Spiegel: Graf Goluchowski. Hofnachrichten, Landessynode, Zur Schulreform, Lehrerkonferenz, Hohenlohes Memoiren, Braunschw. Frage. Literar. Gesellschaft. Köpenick. Lotterie. | Mutmaßl. Witterung: **Mild, meist heiter.** | **Dienstag, 23. Oktober 1906.**

Graf Goluchowski,

der „brillante Sekundant" auf der marokkanischen Mensur Deutschlands mit Frankreich, hätte bald selbst Gelegenheit gehabt, als Fechter mit einem unerbittlichen Gegner die Klingen zu kreuzen. Er hat es aber vorgezogen, aus einer als unhaltbar erkannten Lage die Konsequenz zu ziehen, und bereits vor dem mit Sicherheit zu gewärtigenden scharfen Zusammenstoße mit der im November zusammentretenden ungarischen Delegation sein Amt in die Hände des Kaisers zurückgelegt. Die amtliche Wiener Meldung lautet: „Der Minister des Aeußeren, Graf Goluchowski, hat dem Kaiser sein Portefeuille zur Verfügung gestellt. Dieser hat die Demission im Prinzip angenommen." Wenn Graf Goluchowski so handelt, braucht er von keiner Seite den Vorwurf der Mutlosigkeit zu fürchten. Bereits im Lenze des laufenden Jahres hat der österreichisch-ungarische Minister der auswärtigen Angelegenheiten einen harten Strauß mit den gestickelten und gespornten Vertretern des heißblütigen magyarischen Chauvinismus, wie er sich besonders charakteristisch in der sogenannten Unabhängigkeitspartei verkörpert, durchgefochten und dabei seinen Mann gestanden. Inzwischen aber hat sich die magyarische Feindschaft gegen den Grafen Goluchowski noch weiter verschärft, aus der Presse der Unabhängigkeitspartei erschallen dumpfe Grolltöne, und der rasende See des hochgeschwollenen nationalen Radikalismus in Budapest will durchaus sein Opfer haben. Die am Ruder befindliche Partei in Ungarn will partout zeigen, daß sie „etwas leisten kann", und da soll denn Graf Goluchowski in die brandende Flut gestürzt werden. Wer möchte es da dem so heftig befehdeten, zur Zeit in Budapest beliebtgehaßten Minister verdenken, wenn er der Würde seines Amtes eine eklatante Niederlage in der ungarischen Delegation ersparen will und deshalb in demselben Augenblicke freiwillig zurücktritt, wo er die Erkenntnis gewinnt, daß die von ihm geforderten Bürgschaften für die Delegationstagung von der Budapester Regierung nicht geliefert werden können?

Als der Vorgänger Goluchowskis, der Graf Kalnoky, im Jahre 1895 in seiner anti-ungarischen Sünden Maienblüte durch einen magyarischen Sporentritt von der Bildfläche hinweggefegt worden war, trat ebenfalls noch im Wonnemonat des genannten Jahres der jetzige Leiter des Wiener Auswärtigen Amtes auf den Plan. Viel Wonne in seiner Tätigkeit zu ernten, war ihm freilich nicht beschieden; man kann vielmehr mit Recht auf ihn das Dichterwort anwenden: „Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte." Es war eine Zeitlang nicht leicht, in dem kreisenden Wirbel der widersprechenden Urteile über den Staatsmann einen ruhenden, festen Pol zu finden. Die geschmeidige Art, wie die vereinigten Deutsch- und Dreibundfeinde in Oesterreich und Ungarn den Grafen Goluchowski für ihre Zwecke in Anspruch nahmen, rief anfänglich auch auf deutscher Seite ein gewisses Unbehagen hervor, sodaß man dort geneigt war, in ihm einen unsicheren Kantonisten zu sehen, dessen polnische Abstammung ihn zu einer slawenfreundlichen Politik hinzog. Je länger aber Graf Goluchowski sein Amt verwaltete, desto mehr entwickelte er sich zu einem klaren und entschiedenen Vorkämpfer der auch von seinem Vorgänger verfochtenen loyalen Friedenspolitik des Dreibundes, unter gleichzeitiger enger Anlehnung an Rußland, mit dem er in dem Bestreben Hand in Hand ging, in der Orientpolitik die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes und die Selbständigkeit der Balkanstaaten zu den zwei leitenden Gesichtspunkten zu machen. Dabei trieb ihn das natürliche Schwergewicht der Entwicklung der Dinge am Balkan mit innerer Notwendigkeit zu einem stets engeren Anschlusse an den deutschen Freund und Bundesgenossen, und zwar in um so stärkerem Maße, je mehr sich zwischen Italien und Oesterreich Unstimmigkeiten wegen der orientalischen Frage, die von Paris aus planmäßig geschürt wurden, herausstellten. Die Streitpunkte mit Italien beziehen sich, soweit der Orient in Frage kommt, auf Makedonien und Albanien. Nach einer kürzlich abgegebenen Erklärung der italienischen Regierung, die mit sonstigen Andeutungen in der Presse übereinstimmt, ist in letzter Zeit als Zusatz zum Dreibundvertrage ein Sonderabkommen zwischen den Kabinetten von Wien und Rom vereinbart worden, das Oesterreich in Makedonien freie Hand läßt, während Italien die albanesische Interessensphäre zugewiesen erhält. Die Zugehörigkeit zum Dreibunde hat hier also sehr greifbare praktische Vorteile für Italien herausgeschlagen, während die Freundschaft mit Frankreich den Italienern bisher nicht nur nichts eingebracht, sondern sie um ihren ganzen Einfluß in Tunis betrogen hat. Vielleicht nimmt sich Herr von Tschirschky-Bögendorff auf seiner italienischen Spritztour die Mühe, unseren wankelmütigen Freunden jenseits der Alpen dies und anderes, was auf demselben Blatte steht, zu Gemüte zu führen.

In den letzten Jahren hatten die slawischen Umtriebe gegen den Dreibund in Wien selbst einen derartigen Umfang angenommen, daß der französische Botschafter Marquis de Reverseaux sich dazu verstieg, in seinem Botschaftspalais eine förmliche deutschfeindliche Zentralstelle einzurichten, wo die tschechischen, slawischen und polnischen Führer aus- und eingingen und ihre politischen und parlamentarischen Winke und Weisungen empfingen. Diesem Treiben machte Graf Goluchowski ein Ende, indem er den französischen Botschafter in sehr bestimmter Weise darauf hinwies, daß ein derartiges Gebaren sich schlechterdings nicht mit der völkerrechtlichen Stellung des Vertreters einer fremden Macht vereinbaren lasse. Durch diesen Griff in das deutschfeindliche Wespennest stachelte er den Haß des gesamten Slawentums gegen sich auf, dessen Anhänger in der ungarischen Unabhängigkeitspartei jetzt ebenfalls gegen ihn mobil machten. Man erklärt von jener Seite Goluchowskis Balkanpolitik für schwach und unzulänglich, weil er sich nicht dazu hergegeben hat, die wohlwollende Haltung Oesterreichs gegenüber der Türkei zu gunsten einer Unterstützung der unruhigen und ehrgeizigen Gelüste aller der kleinen Gernegroßstaaten auf dem Balkan einer Revision zu unterziehen. Nur in einem Punkte erscheint der Vorwurf der Schwäche gegen den Grafen Goluchowski in seiner Orientpolitik begründet, und zwar, soweit Serbien in Frage kommt. Des Rätsels Lösung aber liegt nicht weit: es ist der gegen Oesterreich und den Grafen Goluchowski scharfmachende Einfluß der Magyaren, der bei der serbischen Aufsässigkeit eine leitende Rolle spielt. Hier wurde Graf Goluchowski stutzig und zuckte zurück, anstatt mit aller Energie unter Einsetzung seines Amtes von Anfang an gegen den renitenten Kleinstaat einzuschreiten. Das war ein zweifelloser Fehler, der dem staatsmännischen Ansehen des Ministers eine schwere Wunde geschlagen hat. Die magyarische Unabhängigkeitspartei, in der neben den Slawenfreunden die Englandschwärmer überwiegen, fühlte sich durch Goluchowskis Schwäche in der Behandlung der serbischen Frage zu um so rücksichtsloseren Anzapfungen des Ministers ermutigt und wollte ihn wegen seiner dreibundfreundlichen Haltung ebensosehr wie aus Aerger über seine Balkanpolitik, in der er stets der von London und Paris aus betriebenen Unruhestiftung entgegengewirkt hat, durchaus fortgraulen, indem sie mit der Verweigerung des gemeinsamen Budgets und einem förmlichen Mißtrauensvotum in der Delegation drohte.

Graf Goluchowski hatte sein Verbleiben im Amte davon abhängig gemacht, daß Herr Wekerle ihm namens der ungarischen Regierung verbürgte, daß er in der ungarischen Delegation nicht nur kein Mißtrauensvotum erhielte, sondern auch von der Regierungspartei nicht attackiert würde. Da aber Herr Wekerle in der letzten Audienz beim Kaiser erklärt hatte, nicht in der Lage zu sein, eine solche Garantie zu übernehmen, so war damit die Demission unvermeidlich geworden. Dem Kaiser Franz Joseph wird es bitter schwer fallen, auf Kommando von Budapest einen so vertrauten und bewährten Ratgeber gehen zu heißen, für dessen Entlassungsgeschichte als Motto die eigenen Worte des Ministers gelten können, die er in diesem Frühjahr in der ungarischen Delegation seinen Feinden entgegenschleuderte, als er erklärte, der Dreibund habe sich in der ganzen Zeit seines Bestehens als ein zuverlässiger Friedensfaktor erwiesen; wolle man diesen zu gunsten einer Politik der ungewissen Abenteuer opfern, so mache er nicht mehr mit. Persönlich würde der Monarch den Grafen Goluchowski ohne Frage bis zum äußersten gehalten haben; aber — es ist eben halt immer noch leichter, einen neuen Minister des Auswärtigen zu finden, mit dem sich in der Wiener Hofburg halbwegs leben läßt, als einen neuen Ministerpräsidenten für Budapest.

Neueste Drahtmeldungen vom 22. Oktober.

Oesterreichische Ministerkrise.

Wien. Der Kaiser empfing gestern den Ministerpräsidenten Freiherrn v. Beck zu einer längeren Privataudienz.

Wien. Bei Besprechung des Rücktritts des Ministerpräsidenten Goluchowski schreibt das „Wiener Fremdenbl.", Goluchowski habe aus der Unterredung mit Wekerle den Eindruck gewonnen, daß er in der ungarischen Delegation einer Stimmung begegnen werde, die ihm bei Fortführung der Geschäfte die Wahrung der dem Ministerium des Aeußern anvertrauten Interessen wesentlich erschweren würde. Er habe es unter diesen Umständen für das richtigste gehalten, seine Demission zu geben. Die Angaben der Blätter über die Person seines Nachfolgers beruhten auf bloßer Vermutung.

Französische Ministerkrise.

Paris. Clémenceau hat in seiner heutigen Unterredung mit Poincaré diesem das Portefeuille des Auswärtigen angeboten, und auch Präsident Fallières hat Poincaré zur Uebernahme zu bewegen gesucht. Poincaré hat jedoch erklärt, er würde zwar gern dieses Portefeuille übernommen haben, aber er würde es als Mitglied des Kabinetts nicht mit anziehen wollen, wie die Budgetkommission der Deputiertenkammer sein Finanzwerk zerstöre.

Paris. Es ist jetzt sicher, daß ein neues Ministerium unter dem Namen Arbeitsministerium geschaffen wird. Dem Ministerium werden die bisher dem Ministerium für Handel und Industrie unterstehenden Abteilungen zugewiesen werden. Auch sollen dem Arbeitsminister die Dienstzweige, die die öffentliche Gesundheitspflege und die Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter betreffen, unterstellt werden. Das Portefeuille soll dem Deputierten Viviani angeboten werden. Der neue Arbeitsminister wird die von der Kammer angenommenen Vorlagen betreffend die Alters- und Invaliden-Versicherung der Arbeiter vor dem Senat zu vertreten haben.

Zur Lage in Rußland.

Kattowitz. (Priv.-Tel.) Landrat Baron v. Mirbach in Bendzin (Russisch-Polen) wurde am Sonntag von Kosaken überfallen und beraubt. Mirbach trug Zivilkleidung und war deshalb nicht erkannt worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der heutige Geburtstag der Kaiserin wurde im engsten Familienkreise gefeiert. Die Prinzensöhne sind sämtlich in Potsdam eingetroffen. Das sonst übliche Morgenständchen und die Tafelmusik während des Frühstücks sind der Trauer wegen weggefallen. — Der Kaiser hat anläßlich des Geburtstages seiner Gemahlin an zahlreiche um die Krankenpflege verdiente Damen und Herren die Rote Kreuzmedaille verliehen. Die Rote Kreuzmedaille 3. Klasse erhielten u. a.: Frau Landgerichtspräsident Thekla Hagen geb. Hauschild in Leipzig, Generalmajor z. D. Freiherr v. Friesen-Miltitz in Dresden, Generalleutnant z. D. v. Berneck in Dresden, Dr. med. Hering in Chemnitz, der Briefträger Krauß in Leisnig, der Strumpfformermeister Friedrich Wilhelm Werner in Chemnitz und der Maschinist Gustav Winkler in Dresden. — Der Präsident des Reichsmilitärgerichts Linde wurde zum Bevollmächtigten des Bundesrates ernannt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Nachricht, der frühere stellvertretende Kolonialleiter Erbprinz Ernst zu Hohenlohe-Langenburg sei an Stelle des Grafen Wolff-Metternich für den Botschafterposten in London ausersehen, wird dementiert. Der Prinz werde, sobald sich eine geeignete Gelegenheit finde, allerdings im diplomatischen Dienste des Reiches Verwendung finden, aber für einen Botschafterposten komme er für absehbare Zeit nicht in Betracht.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: In einzelnen Blättern werden unsere in den letzten „Rückblicken" enthaltenen Ausführungen über die Streikgefahr im Ruhrrevier als Regierungskundgebung bezeichnet und behandelt. Demgegenüber stellen wir fest, daß diese Auslassung redaktionellen, nicht amtlichen Ursprungs ist.

Berlin. (Priv.-Tel.) Für die Aufnahme von Russen an preußischen Universitäten werden demnächst vom Kultusministerium im Einvernehmen mit dem Reichskanzler neue Bestimmungen erlassen. Einstweilen werden an der Berliner Universität Russen nicht immatrikuliert und auch der Hospitantenschein wird vorläufig nicht an Russinnen verabfolgt. In den neuen Bestimmungen soll u. a. auch der Nachweis von Unterhaltungsmitteln gefordert werden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Aus den Geheimnissen der Sozialdemokratie wird der „Post" von einem Kenner geschrieben: „Es waren lediglich Zweckmäßigkeitsgründe, die die Führer der Sozialdemokratie in Mannheim veranlaßten, in Sachen General- bezw. Massenstreik mit den Gewerkschaftsführern zu paktieren und sich ihren Wünschen zurzeit unterzuordnen. Die politische Partei hat keine Mittel zur Durchführung solcher Massenangriffe auf die bestehende Wirtschaftsordnung; sie bedarf dazu der Kriegskasse der Gewerkschaften, besitzt aber auf diese noch nicht den erforderlichen Einfluß. Die Taktik des sozialdemokratischen Generalstabes geht demzufolge nunmehr dahin, immer mehr Einfluß auf die Gewerkschaften zu gewinnen, um sie im gegebenen Augenblicke majorisieren und sich ihrer Kriegskasse für politische Zwecke bemächtigen zu können. Dieses Ziel hat das Geheimzirkular im Auge, das die sozialdemokratische Parteileitung unmittelbar nach der Mannheimer Tagung erließ, das eine größere Werbearbeit zur Pflicht macht und die Forderung aufstellt, daß jeder Genosse auch gewerkschaftlich organisiert und Abonnent des sozialdemokratischen Zentralorgans sein muß. Das Hauptmittel zur Erreichung der Ziele sind die Zahlabende, die seit einiger Zeit an Stelle der Diskutier- und sonstigen Klubs getreten sind und die von den Parteioberen zurzeit in den Vordergrund gestellt werden. Zu diesen Zahlabenden, die gleichzeitig in etwa 300 Lokalen Berlins abgehalten werden, muß jeder Genosse seine Abrechnungsbücher und seine Abonnementsquittung mitbringen und damit den Beweis liefern, daß er beiden Organisationen angehört und Abonnent des „Vorwärts" ist. Was zurzeit mit diesen Zahlabenden in erster Linie vorbereitet werden soll, das sind die Demonstrationsstreiks, Massenversammlungen während der Arbeitszeit nach Hamburger Muster. Nachdem die letzten Zahlabende im allgemeinen nur schwach besucht waren, findet am Dienstag ein Extra-Zahlabend statt, für den in den Kreisen der Genossen eine ganz ungewöhnliche Agitation entfaltet wird."

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Köpenicker Kassenräuber ist noch nicht ermittelt. Aus der Wahlgarten-Anstalt für Epileptiker hat eine Entweichung nicht stattgefunden. Der falsche Hauptmann hatte sich bekanntlich gebrüstet, einem Wärter in Wahlgarten ein Schnippchen geschlagen zu haben.

Hannover. (Priv.-Tel.) Der Königl. Gerichtssekretär Wenzel in Bleichenrode wurde Sonnabend auf Antrag der Staatsanwaltschaft verhaftet und sämtliche von ihm geführten Gerichtskassen beschlagnahmt. Die Verhaftung erfolgte wegen seit acht Jahren betriebener Unterschlagungen von Mündelgeldern und wegen Fälschung der Grundstücksregister.

Braunschweig. (Priv.-Tel.) Der bekannte Welfe Landgerichtspräsident a. D. Dedekind veröffentlicht in der „Braunschweigischen Landesztg." eine Kundgebung, worin er die Regierungsvorlage und die Anträge der staatsrechtlichen Kommission scharf kritisiert. Falls wirklich der gewünschte Verzicht ausgesprochen werde, sei es durchaus unsicher, ob damit die Hindernisse für die Thronbesteigung beseitigt seien. Der Landtag müsse die Anträge ablehnen und dafür eintreten, daß Prinz Ernst August von Cumberland den braunschweigischen Thron besteige.

Pramanns Erbswurst!
ist Pramanns Suppenl ★ Fabrik Radebeul 1/8.